

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mr. 1.80.** Monatlich 65 Pf. Vorkostenliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag. Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltige Zeile ober deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 154.

Dienstag, den 5. Juli 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Die Wahlen in Oberschlesien.

Unter den vielen Erfolgen, die uns die Reichstagswahl gebracht hat, muß man auch die Eroberung Oberschlesiens mit zu den wichtigsten zählen. Als in der letzten Zeit diesem dunkelsten Winkel Deutschlands die sozialdemokratische Agitation zugewandt wurde, betrachtete man allgemein in der Partei diesen Versuch erst als ein Experiment. Die Wahlen haben dessen Werth geprüft, und das Ergebnis muß zweifellos ein glänzendes genannt werden. Unser Stimmenzuwachs ist im Vergleich zu der Reichstagswahl vom Jahre 1893 folgender:

	1893	1898
Im ganzen Reg.-Bezirk Oppeln	4728	26364
Wahlkr. Beuthen-Tarnowitz	258	8776
„ „ Ratowitz-Babrze	646	9098
„ „ Lublinitz-Gleiwitz	149	2366
„ „ Katibor	610	1748

Dieses Ergebnis kann aber erst dann richtig beurtheilt werden, wenn man alle begleitenden Umstände in Betracht zieht. Eine systematische organisierte Agitation in Oberschlesien datiert eigentlich erst seit der Parteikonferenz in Neustadt (Oberschlesien), d. h. erst seit einem halben Jahr, und ist hauptsächlich der eifrigen Arbeit eines Genossen, des Dr. Winter, geschuldet. Die Abhaltung öffentlicher Versammlungen war unmöglich, und die ganze Agitation nur auf Flugblätterverbreitung reduziert. Bei den Wahlen selbst war der Druck der Zentrumsleute und der Polizei so groß, daß bei dem einzelnen Arbeiter wirklich Muth dazu gehörte, einen sozialdemokratischen Stimmzettel abzugeben oder während der Wahl für uns zu wirken. Zahlreiche Klindigungen der Arbeit, einige Fälle von Verhaftungen unserer Flugblattverbreiter, vor allem aber die noch ganz patriarchalische Mittel der Polizei und der Zentrumsleute in den Wahllokale, wo sie vielfach unsere Genossen mit ihren Betteln einfach wegjagten, einigen Wählern sogar den Bettel aus der Hand rissen und öffnerten — alles dies sollte die Arbeiter von der Stimmabgabe für den sozialdemokratischen Kandidaten abschrecken.

Und trotz alledem war die Stimmung für unsere Partei so ausgezeichnet, daß in den letzten Tagen vor der Wahl das Zentrum im Industriebezirk keine einzige Wählerversammlung mehr abhalten konnte: überall erwies sich die Masse der Anwesenden als Sozialdemokraten, die von den „Pfaffen“ durchaus nichts hören wollten und laut Protest gegen das Zentrum erschoben.

Soviel dürfte jedenfalls feststehen: mit der bisherigen ungetheilten Herrschaft des Zentrums in Oberschlesien ist es für immer vorbei. Und das fühlen die schwarzen Herren selbst. „Die sozialistische Agitation hat in den Volksmassen tiefe Wurzeln gefaßt“, schreibt das polnische Organ des Zentrums der „Deuthener Katholik“ vom 9. Juni. Die letzte Reichstagswahl wirkte thatsächlich als Luftreinigung in der dumpfen Atmosphäre des zweifach schwarzen Oberschlesiens. Sie rüttelte und wühlte die Volksmasse bis in die Tiefe auf, und man kann ohne die geringste Uebertreibung behaupten, daß, falls unsere Partei es an entsprechender Agitation auch fernerhin nicht fehlen läßt, das Centrum in dem ober-schlesischen Industriebezirk zum letzten Male die Mandate erobert hat.

Was namentlich die bevorstehende Agitation betrifft, so ergeben sich aus den Erfahrungen der Reichstagswahl einige wichtige Fingerzeige für die Zukunft. Bis jetzt war die Arbeit verhältnismäßig leicht, weil sie sich auf ein bestimmtes konkretes und naheliegendes Ziel — auf die Wahlen richtete. Nun beginnt der viel schwierigere Theil — die ruhige, nicht sowohl in die Breite, als in die Tiefe gehende, unscheinbare Aufklärungsarbeit. Während kurz vor der Wahl einige zündende Flugblätter genüigten, um die Masse anzukuppeln, werden jetzt andere Hilfsmittel — eine entsprechende Broschürenliteratur vor allem ein Parteiblatt, wichtige, weil stete und nachhaltige Dienste zu leisten haben. Und da wird es an den polnischen Genossen in Berlin liegen, unser einziges Organ in polnischer Sprache entsprechend zu gestalten. Die Hauptsache dabei ist, wie schon mehrmals und neulich auf der Konferenz in Neustadt mit Nachdruck hervorgehoben wurde, daß die

„Gazeta Robotnicza“ mit dem Nationalismus bricht und sich entschieden und klar auf den Boden des allgemeinen sozialdemokratischen Parteiprogramms stellt. Wenn irgend eine Thatsache sie in dieser Beziehung belehren konnte, so sind es eben die Erfolge der Reichstagswahl, die nicht durch die utopische nationalisistische Propaganda, sondern durch eine praktische und vernünftige sozialdemokratische Agitation erzielt wurden. Die Berliner Genossen erklärten auf der Konferenz in Neustadt ihren Nationalismus durch Rücksichten auf die „Volksmasse.“ Es erwies sich, daß man dieser anonymen Person, auf deren breiten Rücken man bekanntlich alle Dummheiten abzuwälzen pflegt, auch diesmal Unrecht that. Die „Volksmasse“ in Oberschlesien begeißelt sich thatsächlich nur für das praktische, handgreifliche, sozialdemokratische Programm und hat es durch ihre Stimmabgabe — namentlich in solchen Kreisen wie Beuthen-Tarnowitz, wo der Einfluß der Berliner polnischen Genossen fast gleich Null war — bewiesen.

Eine klare und feste politische Haltung wird für unser polnisches Blatt und die polnischen Agitatoren ganz besonders deshalb notwendig sein, weil sie bald in Oberschlesien vor eine schwierige Aufgabe gestellt werden. In der letzten Zeit bereitet sich bekanntlich im Schooße des ober-schlesischen Zentrums ein Bruch zwischen dem deutschen polnischen Theile vor. Letzterer, gruppiert um den „Katholik“ und die „Gazeta Dopolna“ (Doppelner Zeitung), trägt einen demokratischeren Charakter und will in der Zentrumspolitik den modernen Anforderungen an eine „Volksvertretung“ mehr Rechnung getragen wissen. Namentlich aus Anlaß der Wahlen kam es zu schroffen Auseinandersetzungen. Der Kandidat der Polen in Beuthen-Tarnowitz, ein Bergarbeiter, wurde vom Wahlkomitee des Zentrumskandidaten Szmulka ein Deutscher, der Pfarrer Wollny, auf den sich alle Reaktionen „gesammelt“ haben, aufgestellt, so daß es bekanntlich zur Stichwahl zwischen zwei Zentrumskandidaten kam. Szmulka wurde gewählt. Auch die Kandidatur des Grafen Ballestrem in Lublinitz-Gleiwitz, der sich seinen polnischen Wählern nur deutsch vorzustellen wußte, empfanden die Polen als einen Faustschlag ins Gesicht. Gleich in der ersten Wählerversammlung, wo der Herr Graf ein Tänztchen wagte, kam er fast gar nicht zum Wort, denn es entstand unter den Versammelten „eine große und drohende Bewegung“, wie der „Katholik“ schrieb. Es war klar, daß sich unter ihnen Leute befanden, die mit der Kandidatur des Grafen Ballestrem unzufrieden waren und dem Wahlkomitee schwere Vorwürfe machten, daß man einen so hohen Herrn als Vertreter des arbeitenden, vorwiegend polnischen Volkes aufgestellt hatte. Freilich hatten die Polen einstweilen nicht den Muth, auf eigene Kandidaturen zu bestehen und fügten sich, wenn auch murrend, noch diesmal in das Joch des deutschen Zentrums. Allein, das Ergebnis der Wahlen selbst, namentlich unser überraschender Stimmenzuwachs, kann sehr leicht die Spaltung beschleunigen. Die polnischen Klerikalen lassen — unbeirrt durch die auch diesmal noch in allen Kreisen errungenen Mandate — die Lehren des Wahltages nicht umsonst an sich vorbeigehen. „Es hat sich gezeigt — schreibt der „Katholik“ am 21. Juni, indem er das Facit aus den Wahlergebnissen zieht —, daß im Volke eine große Unzufriedenheit mit der bisherigen Politik der Führer herrscht. . . . Eins hat sich in greller Weise aus dem Verlaufe der Wahlen ergeben, nämlich: Wird das Centrum bei uns nicht zur wirklichen Volkspartei, so wird es in unseren Wahlkreisen verschwinden. Wenn die Führer nicht aufrichtig zum Volke halten werden, so verlieren sie vollständig den Einfluß.“ Daß es den Führern des ober-schlesischen Zentrums — den Kohलगrafen und den Latifundien-Agrariern — ebenso leicht ist, zur „wirklichen Volkspartei“ zu werden, wie dem Kameel das Nadelöhr zu passen, ist selbstverständlich. Um so wahrscheinlicher ist es, daß sich der polnische Bruchtheil, der sich hauptsächlich auf die Bergarbeiterschaft und das Landvolk stützt, vom Ganzen sondert und eine ober-schlesische Volkspartei bilden wird.

Es unterliegt nun keinem Zweifel, daß bei dem gegebenen geistigen Niveau der dortigen Volksmasse und der Jugendlichkeit unserer Bewegung eine polnisch-demokratische katholische Partei vorerst viel mehr Aussicht auf Erfolg hat, als die Sozialdemokratie, und daß sie für uns eine nicht zu unterschätzende Gefahr bilden würde. Gätten sich schon diesmal die Kandidaturen des Katholik er-

halten, wir hätten sicher nicht halb soviel Stimmen bekommen.

Der Entwicklung einer solchen, die Demokratie heuchelnden polnisch-klerikalen Bewegung, die uns den bereits gewonnenen Einfluß auf die Massen freitig machen könnte, entgegenzuarbeiten, ist jetzt unsere Aufgabe in Oberschlesien, die, da die Waffen gleichartig sein müssen, vor allem den polnischen Genossen zufällt. Die Gazeta Robotnicza muß suchen, in Oberschlesien mehr als bis jetzt Einfluß zu gewinnen und dem Katholik, der, nebenbei bemerkt, das von seinem Standpunkte bestrebte polnische Volksblatt in Deutschland ist, das Wasser abzugraben. Dazu ist aber eine geschickte Taktik, vor allem eine klare und festsichere, prinzipielle und politische Haltung nöthig — Eigenschaften, die sich eben mit nationalisistischen Seitenstößen, wie die bisherigen Erfahrungen gezeigt haben, nicht vertragen können. Die nationale Spaltung zwischen dem deutschen und dem polnischen Centrum macht jetzt geradezu zur Nothwendigkeit das feste Zusammenwirken der deutschen und der polnischen Sozialdemokratie in Oberschlesien auf dem Boden eines gemeinsamen politischen Programms. Eine tüchtige Parteiliteratur und eine ausdauernde Agitation, um wir haben bald das Centrum aus seiner eigensten Domäne vertrieben.

(„Leipz. Volksz.“)

Die Erfurter Krawalle vor Gericht.

Am ersten Verhandlungstage am Donnerstag wurden zunächst die Angeklagten vernommen. Die meisten bestritten die ihnen zur Last gelegte Schuld; sie wollten zufällig unter die Menge gerathen sein. Nur Vertuch giebt zu: „Wert Steine“ gerufen zu haben; er sei erregt gewesen.

Die ersten Zeugen sind die Polizeibeamten, Oberbürgermeister Dr. Schmidt als Chef der Polizeiverwaltung, Polizeikommissar Meßler, sowie mehrere Kommissäre und Polizeibeamten. Polizeikommissar Meßler meint, das Verhalten des Bezirksdirektor Deile habe wesentlich zur Aufregung der Menge beigetragen. Die Aufregung an die Menge, aus dem Hinterzuge, sei mit Pfeifen, Jodeln, Schreien und dann mit Steinwürfen beantwortet worden. Alle Polizeibeamten sagen aus, der Befehl, mit Waffengewalt vorzugehen, sei erst gegeben worden, als alle gütlichen Vorstellungen mit Steinwürfen u. dgl. Beantwortung fanden. Zeuge Polizeikommissar Gay befand, daß schon am 24. Mai die Polizei mit Steinen beworfen und verhöhnt worden sei. Polizeikommissar Michels konstatiert, daß aus der Menge gerufen wurde: Verfluchte Hundel Hut ab! Ihr Verbe achtet keine Steuern! Nieder mit den Sünden! Auf ihn habe die Sache den Eindruck gemacht, als gelte es, die Polizei zu verhöhnen.

Es folgt hierauf die Vernehmung einer ganzen Anzahl Zeugen, die dem Krawall als unbetheiligte Zuschauer beigewohnt haben. Diese bekunden durchweg, auf sie habe die ganze Situation den Eindruck gemacht, als ob man es auf einen Krawall abgesehen hätte. Die Polizei habe erst zur Waffe gegriffen, nachdem oftmalige Ermahnungen an die Menge, nach Hause zu gehen, erfolglos waren. Gefangenenaufseher Heine befand, daß er gesehen, wie halbwüchsige Burken mit Steinen nach den Polizeibeamten warfen. Wo der Polizeikommissar Brehme sich sehen ließ, rief man ihm „Heraus! Heraus!“ zu. (Große Heiterkeit im Gerichtssaal.)

Die Stadtverordneten Rebs und Möller erklären, es sei ihnen von durchaus glaubwürdigen Personen das Vorgehen der Polizei als ein zu scharfes, voreiliges geschildert worden. Sie müßten daher ihre bereits im Stadtverordneten-Kollegium darüber geäußerte Meinung auch heute noch aufrechterhalten.

Der Präsident bemerkt hierzu, die Aussagen dieser beiden Zeugen seien unwesentlich, da sie nichts aus eigener Wahrnehmung bekunden könnten. Der nächste Zeuge, Lehrer Gotthe, sagt folgendes aus: Am Abend ging ich mit dem Kaufmann Thiene und dem Proturisten Schwedhelm durch die Marktstraße. Untermwegs begegnete mir der persönlich gut bekannte Polizeikommissar Fude. Wir fragten ihn, was denn eigentlich los sei, daß in der Stadt eine so große Aufregung herrsche. Auf diese höfliche Frage zog der Beamte seinen Säbel und rief in sichtlich großer Erregung: „Was, ich soll Ihnen wohl Kindermärchen erzählen. Ich will's Ihnen gleich zeigen was los ist.“ Durch dieses Benehmen der Fude fühlte ich mich getränkt und machte andern Tags der vorgeleiteten Behörde Mittheilung. Diese lehnte jedoch ein Einschreiten ab, weil der Beamte aus drücklich angewiesen worden, mit blanker Waffe durch die Straßen zu patrouillieren. Thatsache sei aber, daß Fude erst nach der harmlosen Frage den Säbel gezogen hat.

Hiermit ist die Zeugenvernehmung über die Vorkommnisse vom 25. Mai zu Ende. Es beginnt nach einigen Fragen der Verteidiger die Beweisaufnahme über den zweiten, den Hauptkrawallabend. Die Zeugenvernehmung wird Abends 1/9 Uhr abgebrochen.

Freitag, früh 1/29 Uhr erfolgt Fortsetzung der Verhandlung. Der erste von den für diesen Tag geladenen ca. 50 Zeugen, welche vernommen werden sollten, ist Generalmajor v. Kröcher. Derselbe bekundet: Nachdem ich von den Vorkommnissen des 25. Kenntlich erhalten hatte, ging ich am 26. Abends schon zeitig nach dem Wilhelmplatz, um zu sehen, ob ein Einschreiten der konfignierten Kompanie notwendig sei. Auf mich machte die Menschenmenge, welche den Circus umstand, zunächst einen recht harmlosen Eindruck, es änderte sich das Bild aber, als von der Marktstraße her die

Polizeimannschaften und Gensdarmen in Trüpp nach der Turnhalle beim Wilhelmplatz marschieren. Es begann ein Gejohle, und die Menschenmenge wuchs immer mehr an. Nun wurde der Platz durch berittene Mannschaften gesäubert, was auch ohne Schwierigkeiten vor sich ging. Der Menschenhaufen zog sich dafür aber nach den angrenzenden Straßen, wodurch der Verkehr gehindert wurde. Mittlerweile fielen bei der Rüstungsvorbereitung einige Schüsse, es schien, als wenn die Leute immer tumultuöser wurden. Wenn die Polizei nun nicht schauf vorgegangen, wäre der Standal noch ärger geworden. Gegen 10 Uhr wurde dem Oberbürgermeister, der sich mit dem Polizeikommissar auf dem Wilhelmplatz einfinden, gemeldet, daß an der Andreasstraßen-Ecke die Polizei vor dem Steinhaufen sich zurückziehen müsse. Auf den Rath des Polizeikommissars wurde nun die ganze bewaffnete Macht nach besagtem Endpunkte des Wilhelmplatzes kommandirt. Kurz darauf fielen etwa 80 Schüsse. Daraufhin wurde es mit einem Male ganz still und die Mannschaften kamen mit der Weibung zurück, daß „alles in Ordnung“ sei. Der Zeuge Kaufmann Wunder, welcher von seiner am Wilhelmplatz gelegenen Wohnung aus den Kravall mit angesehen und sich gegen mehrere Witzler tabelnd über ein provokatives Vorgehen der Polizei gekümmert hatte, weiß sich auf die Vorkommnisse nicht mehr gut zu erinnern. Ober-Gensdarm Heinemann erklärt, er sei vom Regierungsrath durch einen Boten zum Erscheinen am Wilhelmplatz beordert worden. Auf die Frage an den Polizeikommissar, ob man schießen sollte, wurde der Bescheid, dies bei einem Angriff seitens der Menge zu thun. Oberaufseher Helm konstatirt, daß am Morgen nach dem Kravall in dem am Wilhelmplatz befindlichen Vorgarten des Landgerichtsgefängnisses ein Haufen Pfastersteine, so sogar Eisenstücke von Straßenbahnschienen lagen.

Nach einer kurzen Pause bemerkt der Erste Staatsanwalt: Er sei in der Lage, auf die Zeugen, die über die allgemeinen Vorgänge Aussagen machen sollen, zu verzichten. — Geschworener Stadtrath Stenger: Es ist mir mitgeteilt worden, daß Herr Pastor Köhler sich den Herrn Oberbürgermeister aus der Stadtverordneten-Versammlung hat herausrufen lassen, um mit diesem über die Vorgänge am 26. Mai Rücksprache zu nehmen. Ich möchte doch bitten, den Herrn Pastor Köhler darüber zu vernehmen. — Erster Staatsanwalt: Wenn Herr Pastor Köhler vernommen werden soll, dann kann ich vorläufig auf keinen Zeugen verzichten. — Der Gerichtshof beschließt die Vernehmung des Pastors Köhler. Dieser erscheint sehr bald und befundet: Ich ging am Abend des 16. Mai über den Friedrich Wilhelmplatz und die Andreasstraße und ich muß sagen, ich war über das Vorgehen der Polizei geradezu empört. Ich selbst wäre beinahe unter die Hufe der Pferde gekommen. In der Andreasstraße ritten die Polizeibeamten und Gensdarmen auf dem Trottoir und schlugen mit dem blanken Säbel auf alle, die ihnen in den Weg kamen. Harmlose Leute, die an ihrer Hausthür standen, mußten sich vor den Schuhschlägen und Gensdarmen flüchten. In einem Hausflur der Andreasstraße standen zwei ausländische Arbeiter und unterhielten sich in ruhiger Weise. Die Schuhschläge ritten direkt auf die Thüre zu und schlugen mit dem Degen auf die Leute los. Einer von den Geschlagenen rief: „Was wollen Sie denn, ich wohne ja hier.“ In der Andreasstraße pflüchten und lachten wohl zwei Jungen im Alter von 12 bis 13 Jahren, das übrige Publikum bestand aber aus durchaus ausländigen, harmlosen Leuten, die zufällig ihr Weg über den Friedrich Wilhelmplatz und die angrenzenden Straßen führten und sich vollständig ruhig hielten. — Präsi.: Haben Sie nicht Steine werfen sehen? — Zeuge: Durchaus nicht. Die Polizeibeamten schlugen rücksichtslos auf durchaus harmlose Leute, die ruhig nach ihrer Wohnung gingen und denen man auf den ersten Blick ansehen mußte, was sie waren. Meine Empörung wurde von mehreren meiner Gemeinde-Mitglieder mitgeteilt. Man müsse nach diesem Vorgehen der Polizei annehmen, das etwas im Werke sei. Das Vorgehen der Polizei hat das Gegenheil von dem bewirkt, was beabsichtigt war. Ich war wiederholt genöthigt, Leute vor den Säbelhieben der Polizei zu schützen. Einen Mann, der vor meinem Hause einen Schlag mit dem Säbel auf den Kopf erhielt, nahm ich in meine Wohnung, um ihn zu verbinden. — Pastor Köhler befundet ferner auf Befragen: Von 7 bis etwa 10 1/2 Uhr war ein durchaus ausländiges Publikum auf den Straßen. Das Publikum nach 10 1/2 Uhr, das die Beamten mit Steinen warf, die Laternen zertrümmerte u. s. w. bestand aus ganz anderen Elementen, das war allerdings Böbel. Gegen 11 1/2 Uhr war Alles vorüber. — Erster Staatsanwalt: Wissen Sie, aus welchem Grunde die Leute in der Nähe Ihrer Wohnung von der Polizei fortgetrieben wurden, ob die Beamten Befehl zu ihrem Vorgehen erhalten hatten? — Zeuge: Das weiß ich allerdings nicht. — Auf ferneres Befragen befundet der Zeuge: er habe keine geistlose Masse, sondern nur einzelne Leute, zu meist harmlose Menschen gesehen, die augenscheinlich von der Arbeit kamen. — Polizeikommissar Meßler und Polizeikommissar Michels bezeichnen es als unwahr, daß das Publikum aus harmlosen Menschen bestanden habe; die Haltung der Menge war eine solche, daß jeder fortgetrieben werden mußte, ob er einen schlechten oder einen guten Rock anhatte. — Polizeikommissar Michels bemerkt: In der Andreasstraße sei aus den Häusern auf die Polizeibeamten mit Steinen geworfen worden. Er hätte daher Befehl erhalten, die Andreasstraße mit gezogenem Degen zu säubern. Die Leute flüchteten sich zwar, sobald aber die Polizeibeamten außer Sicht waren, begannen sich die Leute wieder zu sammeln. — Polizeikommissar Meßler fragt auf Befragen der Verteidiger aus: In Folge des Schießens seien mehrere Personen verletzt worden. Wer verletzt worden und welche Verletzungen erfolgt seien, sei aber nicht festgestellt. — Auf Befragen der Verteidiger bekennt Pastor Köhler, daß das Publikum die Polizei belästigt habe, ebenso daß Ansammlungen stattgefunden haben. Auch aus den Häusern sei nicht geworfen worden. — Auf Antrag des Verteidigers Rechtsanwalt Pöppe wird beschloffen, noch den Gemeinde-Vertrauensmann Kramer als Zeugen zu laden. — Es werden darnach noch einige Gensdarmen, Polizeibeamte und einige Privatpersonen vernommen, die die Haltung der Menge am 26. Mai als höchst bedrohlich bezeichnen. — Die Verhandlung wendet sich hierauf zur Erörterung der gegen die einzelnen Angeklagten erhobenen Anschuldigungen. Gegen 1 1/2 Uhr tritt die Mittagspause ein.

Politische Mundschau.

Deutschland.

Von den 56 sozialdemokratischen Reichstagsgeordneten sind nach dem „Vorwärts“ 34 Handwerker, 5 Kaufleute, 4 Rechtsanwälte, 7 Schriftsteller, 1 Chemiker, 1 Apotheker, 2 Lehrer, 1 Offizier. Von dem Genossen Hoch ist der ursprünglich erlernte Beruf nicht bekannt. Er hat die Universität Zürich besucht. Von den Abgeordneten sind dem erlernten Beruf nach: 1 Sattler: Auer; 1 Drechsler: Bebel; 5 Kaufleute: Singer, Antrich, Dertel, Fischer, Rosenow; 6 Tischler: Zubeil, Lohauer, Pfannkuch, Klob, Dreesebach, Cramer; 2 Schneider: Meißhaus, Albrecht; 2 Schriftfeger: Diez, Schmidt (Magdeburg); 2 Klempner: Wehger, Seitz; 8 Cigarrenarbeiter: Klees, Meißter, Mollenbuhr, Förster, v. Elm,

Hofmann, Geier, Raben; 1 Former: Schwarz; 1 Bergarbeiter: Sachse; 2 Schuhmacher: Doß, Seifert; 1 Lithograph: Schmidt (Frankfurt); 2 Schlosser: Ulrich, Frohne; 1 Tapezierer: Eshart; 1 Gärtner: Stolle; 1 Glasbläser: Horn; 1 Weber: Daudert; 1 Bäcker: Hueb; 4 Rechtsanwälte: Haase, Heine, Herzfeld, Stadlhaagen; 7 Schriftsteller: Bloß, Calwer, Beck, Gradnauer, Heilmann, Schippel, Schenlant; 1 Chemiker: Wurm; 1 Apotheker: Agster; 2 Lehrer: Kunert, Thiele; 1 Lieutenant: v. Vollmar.

Die 2 125 000 sozialdemokratischen Stimmen, die nach oberflächlicher Schätzung am 16. Juni abgegeben sind, geben den Gegnern in allen Lagern zu denken. Einigen sind sie aber offenbar so gewaltig in die Glieder gefahren, daß ihnen der Verstand still steht und sie die Symptome einer Art politischer Drehkrankheit verrathen. Nur so können wir es verstehen, daß das „Hamburger Fremdenblatt“ den Versuch macht, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie eigentlich mit ihren 2 125 000 Stimmen noch eine Niederlage erlitten hat. Um unseren Lesern einige heitere Minuten zu gönnen, wollen wir das hübsche Rechenexempel hier reproduziren. Man vernehme also, was die Weisen des „Fremdenblatt“ ausgetistelt haben:

„Darüber ist nicht zu rechten: die Stimmzahl ist an sich eine gewaltige. Die höchste Stimmzahl, die bisher — abgesehen von der sozialdemokratischen bei der Wahl von 1893 — von einer Partei erreicht worden ist, betrug 1 677 979 und fiel bei der Wahl von 1887 auf die Nationalliberalen. Wenn man jedoch die vorgängige Stimmzahl und die Verhältnisse in Erwägung zieht, unter denen die gegenwärtige erreicht worden ist, so nehmen sich die Schlussfolgerungen aus der Stärke der sozialdemokratischen Wählerarmee ein wenig anders an, als jene, welche die sozialdemokratischen Jubelanten ziehen. Die Vermehrung gegen die Wahl von 1893 beträgt rund 340 000 im fünfjährigen Zeitraum seitdem. Bei der Wahl in 1893 betrug sie gegen die Wahl von 1890 — also nur in einem dreijährigen Zeitraum — 360 000. Der Zuwachs war also in den letzten fünf Jahren um 20 000 geringer, als in den vorausgehenden drei Jahren. Und das trotz folgender Umstände: Die Sozialdemokratie hat diesmal in allen Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt, während sie früher nur in etwa 200 derselben selbstständig aufgetreten. Die in fast 200 Wahlkreisen für die Sozialdemokratie zu stimmen bereiten Wähler sind ferner nicht mitgezählt worden, diesmal sind sie mitgezählt, und es ist also ganz selbstverständlich, daß die gesammte sozialdemokratische Stimmzahl heute größer sein muß, als vor fünf Jahren, wenn die Partei nicht etwa inzwischen Rückschritte gemacht hat. Wenn in den fast zweihundert bisher nicht gezählten Wahlkreisen im Durchschnitt nur je 1000 Stimmen abgegeben worden wären, so müßten schon annähernd 200 000 Stimmen von dem Zuwachs seit der Wahlwahl abgezogen werden. Dann ein Anderes: In den fünf Jahren seit 1893 hat sich die Bevölkerungszahl um mehr als drei Millionen vermehrt. Damit sind rund 600 000 Wahlberechtigten der Wählerzahl zuzuwachsen. Wenn die Sozialdemokratie daran in demselben Verhältniß partizipirt, wie an der abgegebenen Stimmzahl im Jahre 1893, so müßten ihr davon etwa 170 000 gehören. Das ergäbe schon 370 000 Stimmen, welche die Sozialdemokratie heute mehr haben müßte, als 1893, wenn ihr die Wählerkraft noch in demselben Verhältnisse geblieben, in dem sie in jenem Jahre zu ihr stand. Die thatsächliche Vermehrung beträgt aber um 340 000, sie bleibt also hinter der um 30 000 zurück, die statgefunden haben müßte, wenn der Anhang der Partei sich wirklich erweitert hätte. Mag nun auch ein Rückgang der Partei nicht stattgefunden haben, so ist doch jedenfalls auch kein Fortschritt erfolgt, welche die jubelnden Preßstrahlen über die 2 125 000 Stimmen bei genauerem Zusehen berechnete.“

Es würde die erheiternde Wirkung dieser Epistel nur abschwächen, wollten wir sie kommentiren. Eines aber müssen wir dem trefflichen Urtheiler des „Fremdenblattes“ aber doch verrathen: daß die Sozialdemokratie „früher“, d. h. 1893, nicht nur in etwa 200 Wahlkreisen selbstständig aufgetreten ist, sondern genau gezählt in 381 und daß also nur in 16 Kreisen keine Stimmen für unsere Partei abgegeben und gezählt sind, worüber er sich aus jeder beliebigen Wahlstatistik unterrichten kann.

Berggrößerung des Heeres. In der Münchener „Allg. Ztg.“ deutet ein anscheinend offiziöser Berliner Korrespondent an, an den nächsten Reichstag würden Anträge gestellt werden, „welche den Zweck haben, die Verfassung des Heerwesens, den Anforderungen der Zeit gemäß, zu erweitern.“ — Die Nachricht widerspricht zwar direkt allen bisherigen Ankündigungen, doch mögen sich die Steuerzahler immerhin auf Ueberraschungen gefaßt machen.

Zur Ausführung des Margarinegesetzes. Der Stadtrath zu Weerane (Sachsen) hatte eine Bekanntmachung erlassen, die ähnlich wie in Würzburg und Schweinfurt, unter Strafindrohung forderte, daß Brod- und Backwaaren, die unter Verwendung von Margarine, Kunstbutter, Broddl u. hergestellt werden, als solche durch einen im Verkaufsladen angebrachten, leicht sichtbaren Anschlag zu bezeichnen sind. Ein Bäcker, der zur Herstellung von Kuchen Margarine verwandte und einen solchen Anschlag nicht angebracht hatte, wurde deshalb mit Strafe belegt. Das sächsische Oberlandesgericht in Dresden erkannte jedoch auf Freisprechung, und die Kosten sämtlicher Instanzen wurden der Staatskasse zur Last gelegt. Die jetzt publizierte Urtheilsbegründung führt aus, daß das Gesetz vom 15. Juni 1897 den Verkehr mit Margarine regelt und jene verkehrspolizeiliche Verfügung umsomehr nicht zu Recht bestehe, als der Gesetzgeber die in der Bekanntmachung des Stadtrathes zu Weerane bezeichnete Art absichtlich nicht habe treffen wollen; laus der Begründung des Gesetzes gehe hervor, daß bei Beratung desselben derartige Anträge gestellt, aber nicht angenommen seien.

Die Angst um die Beamten ist in den Regierungskreisen groß. Man fürchtet ihren Abfall auf immer. Herr v. Bobbielski hat bekanntlich erst neulich seinen Postbeamten scharf ins Gewissen geredet und jetzt soll sogar, wie die „Voss. Ztg.“, die „Rhein.-Westf. Ztg.“ und der „Hamb. Gen.-Anz.“ wissen wollen, von höchster

Stelle eine Rundgebung an sämtliche Beamten bevorzugen, worin ihnen die Betheiligung an der Sozialdemokratie aufs Strengste verboten wird. Fortlaufend soll dem Kaiser über die Durchführung des Erlasses berichtet werden. — Wenn dem System nicht abgeholfen wird, werden alle Erlasse nichts nützen. Die Existenz des Beamtenproletariats, das der Sozialdemokratie sich anschließt, hängt mit dem System der Bureaucratie, das im lieben preussisch-deutschen Reich im Schwange ist, zusammen, untrennbar wie die siamesischen Zwillinge. Entweder man beseitigt das System, indem man es von Grund aus demokratisirt, oder man behält die Sozialdemokratie in den Beamtenstuben vom Posthalter an bis hinauf in die Regierungsbureaus. Die Regierung theilt das Schicksal von Bismarcks Gefel, der zwischen zwei Heubündeln saß und nicht wußte, welches er fressen sollte. Bloß das Wasser dürfte ihr bei der Wahl nicht im Munde zusammenlaufen. Verzweifeln heißt sie um sich.

Die Untersuchung wegen des scharfen Schusses, der bei einer Übung in Deutsch-Eylau auf den General von Rabe in der vorigen Woche abgefeuert worden ist, hat nach dem „Berl. Tagebl.“ bisher zur Ermittlung des Thäters nicht geführt.

Für die Anlage und den Betrieb von Thomschlackemühlen ist im Reichsamt des Innern ein vorläufiger Entwurf von Vorschriften ausgearbeitet worden und soll demnächst der Beurtheilung der zunächst betheiligten Kreise unterbreitet werden. Wie verlautet, gehen die Hauptbestimmungen dieses Entwurfs dahin, daß in Thomschlackemühlen Kollergänge nicht mehr neu eingerichtet werden dürfen und bestehende Kollergänge längstens binnen einem Jahre nach dem Inkrafttreten dieser Vorschriften außer Benutzung zu setzen sind.

Darlehen an Arbeiter. Das hessische Ministerium des Innern hat genehmigt, daß der Vorstand der Versicherungskasse für das Großherzogthum Hessen Anträge auf Arbeiterwohnungen Darlehen auch unmittellbar an Arbeiter gewähren kann. Der Zinssatz ist auf 3 Prozent ermäßigt, jedoch die Bedingung daran geknüpft, daß jährlich mindestens 1 Prozent auf die Schuld abgetragen werden muß, und daß die Beileihung bis höchstens zwei Drittel der Schätzung stattfinden darf. — Seit wann sind denn die Versicherungskassen — Bankinstitute? Wenn man soviel Ueberfluß an Geld in den Versicherungskassen hat, sollte man die Renten erhöhen oder den Kreis der Rentenberechtigten erweitern. Falls man dann noch Geld übrig haben sollte, mag man das übrige Geld zu Darlehen verwenden.

Die steigende Belastung des Konsums durch die Zölle. Aus den Nachweisungen des statistischen Jahrbuchs für das Deutsche Reich, Jahrgang 1898, ergibt sich, daß die Belastung der Konsumartikel durch Zölle in fortwährender Steigerung begriffen ist. Es betrug nämlich der Zoll in Prozenten des Waarenwerthes:

	Waaren überhaupt	Fabrikate	Lebensmittel
1892	17,52	14,14	19,86
1893	16,82	14,10	19,13
1894	18,07	15,00	20,23
1895	18,79	15,17	22,73
1896	19,81	15,59	24,44
1897	18,60	16,05	22,74

Es ist also zu konstatiren die Thatsache der fortgesetzten Steigerung der Zollbelastung, es ist zu konstatiren, daß die Lebensmittel verhältnißmäßig viel höher mit Zöllen belastet sind wie die übrigen Waaren, es ist zu konstatiren, daß die Steigerung der Zollbelastung von 92 zu 97 bei den Lebensmitteln noch stärker ist, wie bei den Fabrikaten und es ist zu konstatiren, daß für die Lebensmittel fast ein Viertel des Waarenwerthes allein an Zöllen bezahlt wird. Dazu kommt für Zucker, Salz, Branntwein und Tabak noch die Belastung durch die inländische Steuer, die auch noch ein Viertel des Werthes beträgt. Es sind also die Bedarfsgegenstände des Volkes in ganz unverhältnißmäßiger Weise mit Steuern und Zöllen belastet. Die Lebenshaltung des Volkes könnte ohne diese Belastung um ein Viertel höher sein.

Der deutsche Außenhandel hat im Monat Mai abermals eine günstige Entwicklung erfahren. Die Einfuhr stieg von 34 014 621 Doppel-Zentner im Mai 1897 auf 35 015 529 D.-Z., die Ausfuhr von 23 089 843 D.-Z. auf 25 000 123 D.-Z. In den ersten fünf Monaten (Januar bis Mai) ist die Bewegung des deutschen Außenhandels folgende:

	Einfuhr:	Ausfuhr:
1898	157 639 629 D.-Z.	117 523 099 D.-Z.
1897	146 139 259 "	106 269 229 "
1896	128 923 072 "	98 787 045 "
1895	112 065 405 "	91 482 044 "

Der Mengenverkehr hat sich also in den letzten vier Jahren ständig gehoben, sowohl in der Ein- wie in der Ausfuhr. Die Steigerung der Ausfuhr ist jedoch im laufenden Jahr (11 254 470 D.-Z.) größer als in den Vorjahren, sie kommt der Steigerung der Einfuhr (11 500 370 D.-Z.) nahezu gleich. Die am Jahresanfang ausgedrückten Befürchtungen eines Rückganges im Güterverkehr haben sich demnach bisher nicht bewahrheitet.

Die Getreide-Einfuhr in das Deutsche Reich betrug im Monat Mai 1 090 751 (im Vorjahr 883 672) Doppelzentner Weizen, 714 911 (800 169) Doppelzentner Roggen, 332 856 (383 376) Doppelzentner Hafer, 513 132 (499 413) Doppelzentner Gerste, 49 570 (27 357) Doppelzentner Raps und Mühsaat, 1 609 391 (1 404 495) Doppelzentner Mais und Vari. Von Januar ab 4 819 448 (4 383 732) Doppelzentner Weizen, 2 941 010 (2 907 010) Doppelzentner Roggen, 1 662 987

(1.947 486) Doppelzentner Hafer, 3 872 965 (3 858 014) Doppelzentner Gerste, 302 665 (332 054) Doppelzentner Raps und Mähnaat, 6 509 938 (6 060 344) Doppelzentner Mais und Datt.

Gegen den Kosadowky-Kurs erklärt sich der Jahresbericht der Handelskammer für den Amtsbezirk Pforzheim über das Jahr 1897. Der kleine Bericht zeichnet sich vor anderen Handelskammerberichten vorthellhaft dadurch aus, daß er auch über die Arbeitsverhältnisse eingehend und unparteiisch referirt. Er zählt sämmtliche Lohnbewegungen und Ausstände des ganzen Bezirkes auf und kommt dabei auch auf den Streit der Feuerhausarbeiter des städtischen Gaswerks. Diese legten gegen Schluß des Jahres ohne Kündigung die Arbeit nieder; ihre Forderungen wurden aber noch am nämlichen Tage bewilligt. Und nun fährt der Bericht wörtlich fort: „Leider wurden gelegentlich dieses kleinen Ausstandes zwei arbeitswillige Arbeiter von den Ausständigen so schwer mißhandelt, daß sie längere Zeit arbeitsunfähig waren. Dieser Fall blieb jedoch durchaus vereinzelt. Ein Bedürfniß, bei Arbeitsausständen den arbeitswilligen Personen gegen Vergewaltigungen und Einschüchterungen seitens der Ausständigen oder anderer für sie eintretender Personen einen kräftigeren Schutz als bisher zu gewähren, besteht für den Bezirk der Kammer nicht.“ Dieser Passus ist um so bemerkenswerth, als hier, trotzdem daß Mißhandlungen von Arbeitswilligen vorgekommen sind, die Industriellen den- noch gegen eine Verkümmernng des Koalitionsrechts sich aussprechen. Es wird nicht viele Handelskammern geben, die so unzweideutig, wie es hier geschieht, der Wahrheit die Ehre geben, daß nämlich Ausschreitungen streikender Arbeiter zu den äußersten Stellenheiten gehören. Interessant an dem Bericht ist endlich noch die Art und Weise, wie die Interessen der jungen Arbeiter den Fabrikanten gegenüber vertreten werden. Es wird bedauert, daß die Lehrlinge in manchen Fabriken eine höchst einseitige Ausbildung genießen. Die jungen Leute würden nur für wenige einfache Artikel eingelernt und genießen so eine höchst mangelhafte Vorbildung für ihren Beruf. Der Bericht ertheilt den Fabrikanten daher die Warnung: „Wenn diese Praxis für den Lehrherrn auch gewinnreicher sein mag, als eine gründliche, möglichst umfassende Unterweisung, so sollte man doch mit Rücksicht darauf, was aus einem so vorgebildeten Arbeiter und aus einer Industrie schließlich wird, die über solche Arbeiter verfügt, zu einer gewissenhafteren Auffassung des Lehrverhältnisses zurückkehren.“ Wir freuen uns, in einem in der Presse ziemlich unbrachten Handelskammerbericht eine solche unparteiische Selbstkritik unserer Fabrikanten zu finden.

Ueber die Unterdrückung der Deutschen in Böhmen erheben unsere „nationalen“ Blätter ein ganz gewaltiges Geschrei. Beim vierten deutschen Bundesfest in Wien (Preis Bilien) ließ der Regierungskommissar laut Weisung der Statthalterei in Prag den Abgeordneten Wolf nicht zu Worte kommen. Diese unerhörte Gesetzeswidrigkeit rief naturgemäß einen Sturm der Entrüstung hervor. Unter andauernden Protestrufen und Rufen: „Wolf raus!“ zog die Menge vor die „Bilsener Bierhalle“, woselbst Abg. Hofner gegen die Maßregel protestirte und sehr deutlich mit einer Revolution drohte, was stürmischen Beifall hervorrief. In noch schärferer Tonart war die folgende Rede eines Herrn Stein gehalten. Seine mit brausenden Heirufen wiederholt unterbrochenen Ausführungen schloß er unter frenetischem Beifall mit folgenden Versen:

Und wenn's beschlossen wär' von oben,
Daß unser Volk versinkt in Nacht,
So laßt noch einmal uns erproben
Des deutschen Schwertes alte Macht!
Brach Eysls Burg in Bluth zusammen,
Als er mit Abteilungen rang,
Nuß ganz Europa fehn in Flammen
Bei der Germania Untergang!

Also, daß die tschechenfreundliche Regierung dem Wolf das Wort nicht verstatet, ist schon Grund genug, über Unterdrückung der Deutschen zu schreien, obwohl anderen Deutschen, wie die Zitate zeigen, sehr viel Spielraum beim Reden gelassen worden ist. Und die sich da ent-rüsteten, sind dieselben Leute, die im lieben deutschen Vaterlande es mit Genugthuung aufnehmen, wenn man Polen, Dänen, Elsässer ihre einfachsten Menschenrechte wegskamotirt, die in Subel ausbrechen, wenn ein belie-biger untergeordneter Polizeier — Sozialdemo-kraten am Neben hindert. Ehe die Herren sich über Andere entrüsteten, sollten sie erst im eigenen Hause Ordnung schaffen.

Oesterreich-Ungarn.

Auf Grund des Ausnahmezustandes wurden die in Krakau erscheinenden zwei sozialdemokratischen, sowie die beiden christlich-sozialen Volksblätter verboten. Die Redakteure der beiden antisemitischen Blätter wurden bloß verpflichtet, drei Stunden vor Ausgabe des Blattes ein Exemplar der Staatsanwaltschaft vorzulegen.

Rußland.

Vergiftung der Zarin. Englische Blätter berichten, daß man den Versuch gemacht habe, die Zarin zu vergiften. Ihr andauerndes Uebelbefinden soll jetzt erklärt sein durch Arsenikgaben, welche ihr jeden Morgen in die Schokolade gemischt wurden. — Die Nachricht wird wohl nur auf gewöhnlichem Klatsch beruhen.

Japan.

Der Sozialismus in Japan. Die römische „Critica sociale“ bringt einen sehr interessanten Aufsatz über die

Entwicklung des Sozialismus in Japan. Schon jetzt kann man in dem sich rapide zum Industriestaat entwickelnden Lande von einer sozialistischen Bewegung sprechen. An der Spitze derselben stehen vorzugsweise Gebildete, welche die europäische Literatur kennen. So ist ein Offizier des japanischen Generalstabes, der zu seiner Ausbildung nach England geschickt worden war, um die Armeekororganisation zu studiren, als überzeugter Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus in die Heimath zurückgekehrt und hat dort eine Uebersetzung des „Kommunistischen Manifestes“ herausgegeben. Auch eine sozialistische Arbeiter-Zeitung — „Die Zukunft des Arbeiters“ betitelt — erscheint bereits in Tokio. Liberale Blätter bringen in die Regierung, die Forderungen der Arbeiter bei Zeiten zu prüfen und dem berechtigten Streben nach Besserung ihrer Lage gerecht zu werden. Noch kommt zwar die Stimmung der Arbeiter nicht klar zum Ausdruck, da die Meisten das Wahlrecht, das an eine Steuerleistung von 15 Yen (gleich 65 Mark) geknüpft ist, nicht besitzen. Aber durch gewerkschaftliche Organisationen wissen die Arbeiter doch ihren Forderungen und Bestrebungen den gehörigen Nachdruck zu verleihen, soll doch die Zahl der organisierten Arbeiter bereits auf 300 000 angewachsen sein, wobei freilich Reste des feudalen Kunstwesens mit einbegriffen sind. Maschinenbauer, Buchdrucker, Weber, Dekorationsarbeiter, Maurer und Gerber haben sich in Form der britischen Trades Unions konstituirte, in den größeren Städten schreitet diese Organisation eifrig fort; schon ist eine Steigerung der Arbeitslöhne erreicht; die Ausstände nehmen sich auffällig, und auch die Begleiterscheinungen derselben: Konflikte mit der Polizei zeigen sich genau wie in Europa. Dem gegenüber bleiben die Arbeitgeber auch nicht untätig, sie schließen sich zu Verbänden zusammen, um dem Druck von unten mit einem Druck von oben zu begegnen. Es ist von höchstem Interesse, eine soziale Bewegung in dieser zeitlichen Konzentration sich vollziehen zu sehen.

Lübeck und Nachbargebiete.

1. Juli.
Achtung, Tischler! Wegen Verlängerung der Arbeitszeit haben die bei Zimmermeister Torluhl beschäftigten Kollegen die Arbeit eingestellt. Bezug ist streng fern-zubehalten. Die Lohnkommission der Holzarbeiter.
Der Zuzug von Bäckern nach Hamburg ist fernzubehalten. F. H.:
Verband deutscher Bäcker. Zahlstelle Lübeck.
H. Hermann.

Wahllehren! Mit einem gewissen Behagen hören unsere Genossen wohl von Zeit zu Zeit die bewundernden Worte der Gegner über die Vortrefflichkeit unserer Organisationen, den Opfernuth unserer Leute, die Gewissenhaftigkeit der agitatorischen Arbeit. Nun, der Gegner Lob ist immer verdächtig. Es ist nicht aus ehelicher Bewunderung heraus geboren, sondern nur eine unschreibende Anfeuerung der Angehörigen jener Parteien. Aber es sollte auch uns anfeuern. Seien wir nur offen: so wie sie sein sollten und sein müßten, so sind unsere Organisationen nur in einigen wenigen Städten, die man an den Fingern einer Hand herzählen kann. In unzähligen Orten ist sie nicht gut, sondern im Gegentheil recht mangelhaft. Unser Mainzer Bruderblatt schrieb dieser Tage mit vollem Rechte:

„Was sind unsere Parteiorganisationen, denen so viele, die sich Genossen nennen, fernbleiben, heute noch gegenüber den Männervereinen, Bruderschaften und Kriegervereinen unserer Gegner, bei denen der kirchliche oder militärische Druck in Verbindung mit materiellen Vorteilen und sozialen Einflüssen aller Art das Bindemittel bildet! Hier gilt es den Hebel anzusetzen. Was jene durch ihr Geld und ihre soziale Stellung vermögen, müssen wir durch die massenhafte Heranziehung der leider noch so zahlreichen Arbeiter ersetzen, die sich gewöhnlich den politischen Organisationsbestrebungen gegenüber so theilnahmslos verhalten. Nicht als fluktuierende Masse, die sich nur bei Wahlen zusammenfindet: nur abgeschlossene, gut gegliederte Armeen mit reichlich gefüllten Kadres vermögen wir die vereinten Feinde zu schlagen und die Vorbedingungen für die Kulturarbeit des Sozialismus zu schaffen. . . . Wer es hier an sich fehlen läßt, der hat kein Recht, über den Ausgang der Wahl zu schelten — außer er messe sich selbst die Schuld bei.“

Und wie schwer sündigen unsere Genossen noch an ihrer Presse! Fort und fort heben wir ihre Bedeutung hervor und agitiren für ihre Verbreitung. Und fort und fort unterstützen zahllose Genossen durch Abonnement eine Presse, die entweder ihrer Sache direkt feindlich gegenübersteht oder aber zu kläglich feig ist, um zu den großen Fragen des öffentlichen Lebens Stellung zu nehmen, und nur durch Einschläferung des selbstständigen Denkens der Reaktion dient. Wir sind gewiß weit davon entfernt, die Rechte der Frauen beeinträchtigen zu wollen. Im Gegentheil! Aber wir sehen es nicht ein, daß der Mann sich an der Unterstützung der Presse, die seiner Klasse und dadurch der Volksfrage dient, durch eine rückständige Frau hindern und sich eine Klatschpresse, die den Kopf umnebelt und die Thatkraft lähmt, aufdrängen lassen soll. Thun wir hier unsere Schuldigkeit! Machen wir unsere Presse zu einer Waffe, die jeder gegnerischen nicht nur in Ton und Inhalt, sondern auch an Einfluß und Verbreitung überlegen ist. Dann wird es uns am Wahltag nicht mehr fehlen.

Zur Richtigstellung. In dem Bericht über die Versammlung der Maurer und Zimmerer ist uns in Folge Mißverständnisses ein kleiner Irrthum unterlaufen. Es heißt da: „Herr Torluhl verließ sich sogar zu der

Ansicht, die Wahl habe die Arbeiter aufgestachelt.“ Diese Aeußerung hat, wie Genosse Kleinfeld uns mittheilt, nicht Herr Torluhl, sondern Herr Schwartzkopf gethan, der sich, dieserhalb zur Rede gestellt, entschuldigte.

Beim Absteigen von der Straßenbahn erlitt ein hiesiger Druckereibesitzer in Folge Falls einige Hautabschürfungen.

Unerwartete Finder. Am Dienstag v. M. verlor bei Gelegenheit eines Schulfestes in der Forsthalle eine Dame eine Portemonnaie mit etwa 130 M. Inhalt. Von einem Knaben wurde das Geld gefunden und seiner Mutter mit dem Bemerkten übergeben, sein Herr, bei dem er Potendienste verrichte, habe ihm das Geld geschenkt. Da die Mutter, nach ihrer Angabe, den Worten ihres Sohnes Glauben beimah, so kaufte sie für das Geld allerlei Kleidungsstücke. Gegen Mutter und Sohn ist jetzt eine Untersuchung wegen Fanddiebstahl eingeleitet worden.

Die Hauseigentümer in der Stadt Lübeck und deren Vorständen werden darauf aufmerksam gemacht, daß sie verpflichtet sind, von allen in ihren Häusern vorgenommenen Veränderungen, die auf die Höhe der Beiträge zur Stadtwaasserkunst Einfluß haben, der Verwaltung der Stadtwaasserkunst spätestens 14 Tage nach Eintritt der Veränderung Anzeige zu machen.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Juni d. J. sind beim Polizeiamte als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Gummischuhe, Wäsche, Schraubenschlüssel, Schirme, Ringe, Tücher, Brochen, Schuhe, Uhren u. v. a. m.

Die Stadtbibliothek wird während der Sommerferien vom 4. bis 30. Juli geschlossen sein. Jedoch werden in den beiden letzten Ferienwochen vom 18. Juli an Montags und Donnerstags von 11 bis 1 Uhr in der Bibliothek Bücher ausgegeben, welche spätestens Tags zuvor durch Einlegen vonzetteln in den beim Eingang in der Handstraße angebrachten Briefkasten zu bestellen sind.

Kuratelbestellung. Für den durch Beschluß des hiesigen Amtsgerichts, Abth. I, vom 1. Juli 1898 für geisteskrank erklärten Schlachthausinspektor Johann Jakob Boldt Vollers in Lübeck sind der Müller und Bäcker August Friedrich Barthold Hermann Dubbe in Lübeck und der Kreisbierarzt Georg Vollers in Altona zu Kuratoren gemäß § 91 der Vormundschaftsordnung bestellt worden.

In das Handelsregister ist am 2. Juli 1898 eingetragen: auf Blatt 2053 die Firma „Falk u. Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung.“ Sitz der Gesellschaft: Lübeck. Geschäftsführer: 1) Carl Maske in Hamburg, 2) Gustav Jancke in Lübeck, 3) Abraham Falk in Lübeck, 4) Philipp Goldschmidt in Lübeck. Datum des Gesellschaftsvertrages: 21. Juni 1898. Gegenstand des Unternehmens ist die Uebernahme und der Vertrieb von Lotterielososen, sowie die Betreibung von Lotteriegeschäften jeglicher Art. Das Stammkapital beträgt 500 000 Mark. Zur Zeichnung der Firma ist stets die Unterschrift von zwei Geschäftsführern erforderlich und genügend. Die Zeichnung der Firma geschieht in der Weise, daß die Zeichnenden zu der Firma der Gesellschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen. — Auf Blatt 2054 bei der Firma „Wilh. Sparkuhl u. Co.“: Heinrich Wilhelm Friedrich Sparkuhl ist ausgetreten. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist auf den Gesellschafter Wilhelm Johann Frig Sparkuhl als alleinigen Inhaber übergegangen; auf Blatt 2055 die Firma „Friedr. Sparkuhl.“ Inhaber: Heinrich Wilhelm Friedrich Sparkuhl, Kaufmann in Lübeck. Ort der Niederlassung: Lübeck.

Hamburg. Lebende Photographien aus der kapitalistischen Welt. In den „Hamb. Nachr.“ finden wir das folgende, unsere „herrliche Weltordnung“ vorzüglich kennzeichnende Inserat: „Das Ehepaar Baldhauer, St. Georg, Hofstraße 42, feiert am 2. Juli das schöne Fest der goldenen Hochzeit. Baldhauer hat 20 Jahre als Schneider für mich gearbeitet und ist jetzt auf Unterstützung und Liebesgaben seiner Mitmenschen angewiesen. — Möge der Tag dem Ehepaar ein Segen sein und den gütigen Gebern ein Segen werden. F. Klemer, Alsterarkaden 3.“

„Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Kultur“, wer aber 20 Jahre gearbeitet hat, ist, wenn das Alter sich einstellt, auf Unterstützung und Liebesgaben seiner Mitmenschen angewiesen, während Diejenigen, für die er gearbeitet hat, die er „geknechtet und beschützt“, herrlich und in Freuden leben, auf ihn voll Uebermuth treten und ihn höchstens auf den Bettel verweisen. — Kann es einen besseren Beweis für die Ausbeutung und Knechtung der Arbeit geben? Wer nicht arbeitet, verfügt in seinem Testament über Tausende oder Millionen, wer arbeitet, ist schließlich auf Unterstützung und Liebesgaben seiner Mitmenschen angewiesen. Es lebe unsere „herrliche Weltordnung.“

Cuxhaven. Die Sensationsgemälde des Königsberger Professors Emil Meide, „Die Lebensmüden“, das seiner Zeit ein so großes Aufsehen erregte, versuchte am 28. v. M. ein Leipziger Ehepaar, das zur Erholung hier eingetroffen war, in die Wirklichkeit zu übertragen. Der Mann und die Frau begaben sich Abends gegen 8 Uhr nach der Kugelbaake hinaus; hier umwandten sie sich mit einem Strick und stürzten sich alsdann in das Wasser. Der Vorfall war indeß von einem in der Nähe befindlichen Minenprahm aus bemerkt worden, ein Boot wurde nach der Unglücksstelle beordert und die beiden bereits bewußt

losen Leute gerettet. Die Wiederbelebungsvorläufe waren von Erfolg; das Ehepaar wurde nach dem Krankenhaus gebracht. Hochgradige Nervosität soll der Grund des verzweifeltsten Schrittes gewesen sein.

Zeheoe. Wegen groben Unfugs hatte, wie das „Sb. Fremdenbl.“ meldet, der Schneider Hinsche in Lägerdorf, welcher als Reichstagskandidat der sozialdemokratischen Partei im zweiten schleswig-holsteinischen Wahlkreise aufgestellt war, vom dortigen Amtsvorsteher einen Strafbefehl über 10 Mk. bzw. zwei Tage Haft erhalten. Demselben war zur Last gelegt, daß er am 27. März dadurch groben Unfug verübt habe, daß er während des in Lägerdorf aus Anlaß der Erhebung Schleswig-Holsteins stattgefundenen patriotischen Festzuges in demonstrativer Weise die Bilder sozialdemokratischer Parteiführer zur Schau ausstellte und dadurch bei den Teilnehmern des Festzuges Erbitterung hervorgerufen hat. (11) Gegen diesen Strafbefehl hatte der Angeklagte Einspruch erhoben. Die Weisungserhebung stellte den Thatbestand fest und der Einspruch des Angeklagten wurde als unbegründet verworfen und derselbe nach dem Antrage des Amtsanwalts mit Rücksicht darauf, daß durch die Handlungsweise des Hinsche die patriotischen Gefühle der Festtheilnehmer verletzt und beunruhigt worden sind, zu einer Geldstrafe von 50 Mk. bzw. 10 Tagen Haft verurtheilt.

Apennade. Der dänische Redakteur Hansen aus Apennade war beschuldigt worden, sich gegen die Bekanntmachung der königlichen Regierung zu Schleswig vom 12. Juli 1865 vergangen zu haben, indem er

in einer Gastwirthschaft das Lied: „Jeg vil vürge mit Land“ von Björnson sang. Das Schöffengericht verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 Mk. und die Strafkammer in Flensburg wies die Verurteilung des Angeklagten als unbegründet ab. Die Strafkammer nahm an, daß es sich hier um ein aufreizendes dänisches Lied handele, welches der Angeklagte gesungen habe. Es bestehe in Nordschleswig eine Partei, welche danach strebe, Nordschleswig von Preußen abzutrennen. Hansen gehöre zu den rührigsten Agitatoren der dänischen Partei in Nordschleswig. Gegen diese Entscheidung legte Hansen Revision beim Kammergericht ein und machte geltend, die Bekanntmachung vom 12. Juli 1865 sei im vorliegenden Falle zu Unrecht angewendet worden; das Vereinsgesetz sei hier maßgebend. Das fragliche Lied sei auch gar nicht von einem Dänen, sondern von einem Norweger, Björnson, gedichtet worden. Der Strafsenat des Kammergerichts wies jedoch die Revision des Angeklagten als unbegründet ab und machte geltend, die Bekanntmachung vom 12. Juli 1865, welche das Abfingen dänischer Lieder beleidigenden oder aufreizenden Inhalts verbietet, besteht neben dem Vereinsgesetz nach wie vor zu Recht. Unerheblich sei es, wenn das Lied von einem Norweger gedichtet worden sei. Es sei in dänischer Sprache gesungen worden und sei mit Recht als ein aufreizendes Lied angesehen worden. — Der Staat ist also „gerettet.“

Schwerin. Nach der amtlichen Zählung hat Groth 10 604, Blüsing 11 930 Stimmen erhalten und ist somit Blüsing gewählt. Wenn unsere Hoffnung auf den Sieg auch nicht in Erfüllung gegangen ist, so können

wir doch zufrieden sein mit dem Resultat, wenn wir die Zahlen von 1893 den jetzigen gegenüber stellen. Damals erhielten wir in der Hauptwahl 6743, jetzt 8928, in der Stichwahl 8753 Stimmen. Wenn wir in Zukunft so weiter fortschreiten, wie in den letzten fünf Jahren, so können wir dreist annehmen, daß nach fünf Jahren der Wahlkreis keine Stichwahl mehr erfordert, sondern im ersten Wahlgange genommen wird.

Grabow. Ein interessanter Prozeß. Die Stadt Grabow hat, wie die „Wredt. Btg.“ meldet, den Prozeß gegen den preussischen Eisenbahn-Fiskus wegen Nichthaltens der Schnellzüge an der Grabower Station endgültig gewonnen. Soweit wir unterrichtet sind, liegt die Sache so: Die Stadt Grabow hatte sich von der ehemaligen Berlin-Hamburger Bahn bei Anlage derselben vermuthlich als Äquivalent für Grund und Boden das Privileg des Haltens aller fahrplanmäßigen Züge ausbedungen. Davon hat nun natürlich die preussische Staatsbahn seit Einrichtung der nur in Wittenberge haltenden Blitzzüge Ausnahmen gemacht, wofür sie jetzt also wohl oder übel wird blechen müssen. Die Kosten des Verfahrens sind dem preussischen Eisenbahn-Fiskus auferlegt worden. Die nähere Begründung des Urtheils erfolgt erst bei der Zustellung an die Parteien. Ueber die Höhe der an die Stadt zu zahlenden Entschädigung ist später zu entscheiden.

Sternschanz-Biehmarkt.

Hamburg, 2. Juli

Der Schweinehandel verlief ruhig. Zugeführt wurden 270 Stk. Preise: Verkaufschweine, schwere 58—56 Mk., leichte 56—57 Mk., Sauen 45—48 Mk. und Ferkel 55—57 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

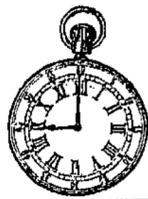
Die schwere aber glückliche Geburt einer gesunden Tochter zeigen hoch erfreut an
Heinr. Knaack und Frau,
geb. Willwater.

Verloren eine Korallenkette vor dem Mühlenthor. Der ehrliche Finder wird gebeten, dieselbe abzug. g. Bel. Dorfstraße 21.

Gefunden ein weider weißer Filzhut Abzuholen Königstraße 131, 2. Et.

Prima-Eßkartoffeln
empfehlen billigt
Spethmann & Fischer
Bekergrube 59.

Detailverkauf: Bekergrube 13 (E. Giffhorn.)



Uhren reinigen . 1,50,
Federn einsehen . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,30.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Süßstraße 32.

Messer und Scheeren
kauft man gut und vortheilhaft bei
H. Hentschel
32 Süßstraße 32.

Schleifen u. Repariren täglich

Tilfiter Bruch-Räse
hat abzugeben.
H. L. Wiegels, vorm. J. C. Bunge.
Fischergarbe 61.

Herren-Garderoben werden billig u. sauber gereinigt bei
Frau Schillinski, Blumenstraße 9 b.

Geschäfts-Verlegung.

Unsere Detail-Verkaufsstelle
emailirter Geschirre
befindet sich jetzt
Breitestrasse 37
(Haus Johs. Rohde).

Frankenthal & Co.

Bitten unsere Schaufenster zu beachten.

Sommer-Jackets und -Hosen,
sowie sämtliche
Arbeiter-Garderoben und Reinenwaaren
empfeht
Carl Herm. Mich. Stave
Weiter Krambuden 4, zwischen Markt u. Marienkirche. Gegründet 1821.
Filiale: **Süsterdamm 4.**

Socialdemokratischer Verein Versammlung

heute Montag, 4. Juli, im Vereinshaus.
Tages-Ordnung:
Was lehren uns die letzten Reichstagswahlen.
Referent: **Theodor Schwarz.**
Um zahlreiches Erscheinen ersucht
der Vorstand.

Achtung Bauarbeiter! Mitglieder = Versammlung

am Dienstag den 5. d. M., Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission.
2. Diskussion.
Erscheinen muß jedes Mitglied, ebenfalls werden die Mitglieder von
Fackenburg und Moisling ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
Die Lohnkommission.

Guirlanden
zum Volksfeste liefern zu billigsten Preisen
B. Gäde, Untertrave 26/18.

Speise-Halle Hansa
Mungstraße 24. (Mittagstisch v. 11 $\frac{1}{2}$ —2 U.)
Dienstag: Specksuppe mit Röstchen, geräuch. Speck,
Kartoffeln, Sauce, Wackelst.

Im Verlage von **J. H. W. Dietz Nachf.**,
G. G. m. b. H., ist soeben erschienen:

Geschichte der französischen Revolution von 1848 und der zweiten Republik.

Das Werk enthält die Vorkommnisse von 1814 bis 1852.
Volksthümlich dargestellt von **Louis Héríties.**
Erscheint in 25 Lieferungen à 20 Pfg. und ist seines Werthes wegen
sehr zu empfehlen.

Zu beziehen durch
Friedr. Meyer & Comp.

Verlag des „Lübecker Volksboten“.
— Johannisstraße 50. —

Die Geschichte der Deutschen Social-Demokratie

von **Franz Mehring.**
Umfaßt die Zeit von 1830—1896 und behandelt die jungen Jahre der Partei, sowie deren
Schicksale unter dem Ausnahmegezetze von 1878—1890. Dies Werk ist jedem Parteigenossen aufs
Beste zu empfehlen. In 36 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Verantwortlicher Redakteur: August Kasch. Verleger: Theod. Schwarz. Druck von Friedr. Meyer & Co., sämtliche in Lübeck.

Chronik auf das Jahr 1848.

5. Juli.

Der preussischen Nationalversammlung wurde von Auerwald, nachdem lange Ministerkonferenzen vorausgegangen waren, die Stellung der preussischen Regierung gegenüber der Wahl des Reichsverweisers in Frankfurt bekannt gegeben. In der verlesenen ausführlichen Erklärung wird zum Ausdruck gebracht, daß die preussische Regierung sich für die Wahl des Reichsverweisers in Frankfurt erklärt, daß sie dem gewählten Erzherzog Johann gern ihre Zustimmung gebe. Dann heißt es wörtlich: „Wenn übrigens die deutsche Nationalversammlung ihre Beschlüsse über die Konstituierung einer provisorischen Zentralgewalt ohne Mitwirkung der deutschen Regierungen gefaßt hat, so verkennt die Regierung Sr. Majestät nicht, wie die Veranlassung in der außerordentlichen, von manchen Gefahren bedrohten Lage Deutschlands und in der nun bestätigten Überzeugung zu suchen ist, daß alle deutschen Regierungen Sr. kaiserlichen Hoheit dem Erzherzog Johann ihre Stimme für das Reichsverweiseramt geben würden. Die Regierung zweifelt deshalb nicht, daß aus diesem Verhalten der deutschen Nationalversammlung in diesem außerordentlichen Falle für die Zukunft Konsequenzen nicht werden gezogen werden.“

Aboll Stahl nennt diese Meinungsäußerung der Regierung die samene Scheibe, in welche man das drohend gezogene preussische Machtschwert zurücksteckt. In der That war hier zum ersten Mal von einer deutschen Regierung die Machtvollkommenheit der deutschen Nationalversammlung verneint und die Gültigkeit ihrer Beschlüsse von der Zustimmung der Regierungen abhängig gemacht. Den einzelnen Fall wollte man gelten lassen, die Theorie der Selbstständigkeit der Nationalversammlung jedoch war verneint worden.

Es geht auch anders!

Es ist ein Grundgesetz der kulturgeschichtlichen Entwicklung, das von der Erfahrung bestätigt wird, daß politische Freiheit und die Ausbildung des Rechtsstaats unabwiesbare Vorbedingungen für die nationale Machtstellung und für die soziale Wohlfahrt sind, die auch in verhältnismäßig unbedeutenden staatlichen Gemeinwesen Geltung gewinnen. Jeder wird dieses Grundgesetz, schreibt die „V. Volksztg.“, noch immer zu wenig erkannt, auch in europäischen Staaten, die auf eine lange Geschichte zurückblicken.

In wie hohem Grade der wirtschaftliche Aufschwung, die Erschließung der Wohlstandsquellen eines Landes durch die Entwicklung zum Rechts- und Freiheitsstaate beschleunigt wird, dafür ist die hohe Blüte eines der jüngsten und kleinsten Kulturstaaten ein glänzender Beweis. Noch um die Mitte dieses Jahrhunderts standen die Einwohner der unter dem Schutze der britischen Krone stehenden polynesischen Inseln Neu-Seeland auf so niedriger Stufe der Kultur, daß nicht einmal der Kanibalismus, der Genuß von Menschenfleisch ganz ausgerottet war.

Im Jahre 1862 verließ das Mutterland Großbritannien der Kolonie Neu-Seeland, die aus mehreren Inseln besteht, eine der englischen nachgebildeten Repräsentationsverfassung mit einem von der britischen Krone ernannten Gouverneur, dem acht Minister zur Seite stehen und einem Parlament, bestehend aus Oberhaus und Unterhaus, dem die Minister verantwortlich sind. Das

Oberhaus besteht aus sechsundvierzig, das Unterhaus aus achtundachtzig auf fünf Jahre gewählten Mitgliedern. Früher war die Kolonie ein Bundesstaat von acht selbstständigen Provinzen; gegenwärtig ist sie ein einheitlicher Staat, welcher insbesondere durch seine hohe sozialpolitische Entwicklung allen übrigen Kulturstaaten den Rang abgelaufen haben dürfte. Nach dem vor Kurzem erschienenen Werke des Prof. Dr. Ludwig Stein in Bern (Verlag von Ferdinand Enke) Die „soziale Frage im Lichte der Philosophie“ und dem dort mitgetheilten Bericht über den in Neu-Seeland eingeführten Staatssozialismus ist dieser von so großer, fast vorbildlicher Bedeutung, daß der Verfasser nicht ohne Grund Neu-Seeland als staatssozialistisches Modell charakterisiert. Es heißt u. A. in diesem Bericht, daß am 5. Dezember die allgemeinen Neuwahlen für das Repräsentantenhaus stattfanden, welche zwar eine kleine Verstärkung der konservativen Opposition, aber immerhin wieder eine Mehrheit für das sozialpolitische Ministerium ergaben. Die Arbeiterpartei, so wird weiter berichtet, steht in Neu-Seeland auf dem Boden des Kollektivismus, strebt aber zur Zeit in erster Linie eine Verminderung der Vermögensanhäufung und der Bildung von Latifundienbesitz an. (Anhäufung des Grundbesitzes in wenigen Händen.) Positiv tritt sie besonders für staatliche Förderung der kleinstädtischen Ansiedlungen, progressive Grund- und Einkommensteuer, weitgehende Steuer-Entlastung der unteren und mittleren Schichten, strenge Arbeiterschutzgesetzgebung und Ersatz des privaten Unternehmertums zunächst bei öffentlichen Arbeiten durch Arbeiter-Organisationen ein. Die neuseeländische Agrargesetzgebung schließt das Privateigentum an Grund und Boden nicht völlig aus, sucht aber das Prinzip des Staatsbesitzes mit Vergebung in Erbpacht und Beschränkung des privaten Großgrundbesitzes durchzuführen. Um den vorhandenen Latifundienbesitz allmählich wieder zu zerschlagen, ist der Regierung die Befugnis erteilt, Besitzungen, die über 400 Hektar anbaufähigen Landes oder 800 Hektar halb zum Ackerbau, halb zur Weide geeigneten Bodens oder über 2000 Hektar bloßen Weidelandes hinaus gehen, zu expropriieren, um sie nach den für die Kronländereien geltenden Bestimmungen in Erbpachtfarmen aufzuteilen. — Es sind dafür jährlich 250 000 Pfund Sterling gleich 5000 000 Mark ausgeworfen.

Besondere Begünstigungen sind für die Bildung von zusammenhängenden Farmen von durchschnittlich zwanzig Hektar Ackerland, sowie für die Vergebung von Kronländereien zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung vorgesehen. Die Grundsteuer ist, um den rein spekulativen Erwerb von Grundbesitz zu bekämpfen, auf den Werth des jungfreulichen noch nicht zur Benutzung hergerichteten Bodens berechnet, so daß der in Anbau genommene oder sonst hergerichtete Boden bevorzugt ist. Ein Grundwerth bis zu 500 Pfund Sterling ist bei Besitzungen bis zum Werthe von 1500 Pfund Sterling steuerfrei. Die mittleren Besitzungen sind sehr mäßig belastet, während die Steuer für die größeren und großen in starker Progression bis zu 2 Prozent des Wertes steigt. Behufs

besonderer Bekämpfung des sogenannten Absentismus werden außerhalb der Kolonie wohnende Besitzer noch stärker besteuert.

Die Einkommensteuer auf das nicht aus Grundbesitz herrührende Einkommen läßt dieses bis zu 300 Pfd. St. (6000 Mk.) frei und steigt von da, mit 2,5 Proz. beginnend, bis zu 5 Proz.

Von den Kronländereien dürfen jährlich 100 000 Hektar, und zwar an eine einzelne Person nicht mehr als 250 Hektar: erster oder 800 Hektar zweiter Klasse zum Verkauf gelangen.

Als möglichst allgemein durchzuführendes System ist die Verpachtung auf 99 Jahre vorgesehen, mit der Bestimmung, daß die Pacht verfällt, wenn der Besitzer nicht wenigstens sieben Jahre auf dem Gute gewohnt hat und dafür nicht bestimmte Aufwendungen nachweisen kann. Zur Gewährung von Vorküssen und Darlehen an An siedler sind anderthalb Millionen Pfund Sterling ausgeworfen; diese Darlehen dürfen im Einzelfall den Betrag von 2500 Pfund Sterling nicht übersteigen und sollen durch jährliche Zahlung von 6 Proz. innerhalb 36 Jahren getilgt werden.

Hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung gilt für die Frauen und jugendliche Arbeiter der Achtstundentag als obligatorisch, erwachsene männliche Arbeiter haben den Achtstundentag durch die Macht der Gewerkschaften großen Theils ebenfalls. Sonntagsarbeit ist ganz verboten. Auch müssen alle Arbeiter und Angestellten wöchentlich einen freien Nachmittag haben, entweder am Sonnabend oder an einem anderen von der Ortsbehörde zu bestimmenden Tage, an dem Fabriken, Werkstätten und Läden von 1 Uhr Mittags ab zu schließen sind. Die Ausführung öffentlicher Bauten und Arbeiten wird so viel als möglich an Arbeitergenossenschaften übertragen, wobei die Regierung sowohl die Stellung der leitenden Beamten und Techniker, als die Lieferung der Materialien, unter Umständen sogar des Werkzeugs übernimmt.

In einer der letzten Sesssionen wurde eine Bill eingebracht, nach welcher jeder 25 Jahre in der Kolonie wohnenden männlichen oder weiblichen Person vom 65. Jahre an eine Altersversorgung von wöchentlich einem halben Pfund Sterling (10 Mk.) zugewendet werden sollte. Diese Vorlage war zur Zeit des Berichts noch nicht erledigt. Die Frauen besitzen für die Parlamentswahl bis jetzt nur das aktive, für die Kommunalwahlen auch das passive Wahlrecht. Die Stadt Ohuquago hatte ein Jahr lang eine Bürgermeisterin, die bei einer der letzten Neuwahlen von einem männlichen Mitbewerber geschlagen wurde. Die neuseeländischen Frauen bethätigen sich eifrig bei allen Wahlen.

Der Bericht schließt mit der durchaus zutreffenden Bemerkung: „Immerhin sind die Reformfortschritte dieses Landes geeignet, Vergleiche mit den entsprechenden Bestrebungen auf dem europäischen Kontinente anzustellen.“ Vergleiche, die gewiß nicht zu Ungunsten des jungen Staates sprechen, in dem es vor allen Dingen eines nicht giebt: ein „ostelbisches Agrarierthum“

Der Jude.

Deutsches Sittengemälde
aus der ersten Hälfte des fünfzehnten Jahrhunderts.
Von E. Spindler.

(77. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Crescenz schwieg ein wenig betroffen, dann entgegnete sie: „Et, ei, Mägdelein, wie kannst Du wissen, daß Herr Frosch der Altbürger hier gewesen, wenn Du nicht gelauscht der untern Treppe? Diese Neugierde ist auch Juden angeboren, hätte Dich aber diesmal in große Gefahr bringen können. Der alte Herr war ohnehin so aufgereggt und unwirsch, . . . und wenn er vollends Dich gesehen, erfahren hätte, wen ich hier ohne sein Vorwissen beherberge . . . — beim Stöcker säßest Du, und ich wäre um den ruhigen Dienst.“

Esther erwiderte nichts, da sie es nicht gerathen hielt, den gehabten Besuch anzuzeigen, und die geschwätige Crescenz fuhr fort:

„Zum Glücke hat es diesmal nicht Dir gegolten, Du mein armes Heidentkind: aber neue Hausbewohner hat der Herr auf den Schellenhof gebracht, und da dieselben gerade unter dieser Giebelstube ihren Sitz aufgeschlagen haben, so empfehle ich Dir leise Socken und ein hübsches Schmeigen.“

„Neue Hausbewohner?“ fragte Esther, „Herr Frosch hat sie gebracht?“

„Jawohl,“ seufzte die Alte, und schlug, achselzuckend gen Himmel sehend, ein Kreuz: „die Welt wird immer böser und verdrossener von Tag zu Tage. Komm' ich mir doch beinahe vor, wie der Gefängnißwärter auf dem Eschenheimer Thore. Ich soll nämlich alle Jungfern hüten, welche man in der Stadt nicht wohl aufheben mag.“

Esther seufzte tief auf.

„Nu, nu,“ fuhr die Alte fort: „das soll Dir nicht zum Gehör geredet sein, mein Däuschen. Du bist, ab-

gerechnet, daß Dein Vater ein Jude ist, wofür ihr beide, er und Du nichts könnt, ein feines reines Mägdelein, und ich wollte auf Deine Ehrbarkeit einen Eid schwören, bloß allein, weil Junker Dagobert Dich seines Schutzes würdig; allein die da unten ist nicht mehr rein wie der Schnee und die Apfelblüthe an meinen Bäumen, und ich wollte alles verwerthen, daß in ihr der Grund alles Zwiespaltes in dem Frosch'schen Hause aufzusuchen ist.“

„Wer ist diejenige, von welcher Ihr sprecht?“ fragte Esther.

„Die Magd ist's, die soeben der alte Diether hierher geleitet, und samt einem holden Töchterlein in meine Verwahrung gegeben hat, bis auf weiteren Befehl. Er nimmt Antheil und Sorge an dem Töchterlein, sagte er, und ich glaube es wohl, denn man müßte blind sein, um nicht die Wahrheit zu errathen. Er findet es nicht gerathen, das Mägdelein und deren Mutter im eigenen Hause zu beherbergen. Das meine ich auch, fintemalen die Hausfrau daselbst das Regiment führt, und solche vom Himmel gefallene Kinderleins mit scheelen Augen ansehen würde. Da soll denn nun mein guter ehrlicher Schellenhof das Nest sein, wo fremde Eier, Stuckackerer, verwahrt werden mögen.“

„Aber, was bedeuten diese Reden?“ fragte Esther, „was meint Ihr damit?“

„Daß den alten Herrn der Leidige zu unrechter Zeit geblendet hat,“ eiferte die fromme Crescenzia; „und daß hier die Schande verborgen werden soll. Meinethalben; ich bin eine alte Magd, und mich kümmert nicht, was die Herrschaft thut oder läßt; ich sehe daher auch ganz ruhig zu, und will, — dem Befehl des Herrn zu folgen, sogar mich bezähmen, und die Dirne, die gleichmüthig dasitzt wie die Unschuld selbst, nicht einmal ausfragen, sondern die Sachen gehen lassen, wie sie eben können; aber, wenn die ehrfame Frau heraus kommt, wie sie in jedem Frühling ein paar mal zu thun pflegt, und in die Stuben aufsperrt heißt, und die ganze Bescheerung sieht, dann wasche ich meine Hände in Unschuld,

und dem alten Herrn von sechzig Jahren und darüber, dem ich stets etwas Besseres zugebraut hätte, geschieht dann recht. — Aber,“ setzte sie, plötzlich leicht erröthend hinzu: „da bemerkte ich soeben, daß ich in der Fülle meines Herzens und meiner Gedanken alles herausgesprochen habe, was ich mir als Wahrheit einbilde. Das will sich für eine alte treue Wächterin nicht wohl geziemen. Du magst es jedoch der Geschwätigkeit des Alters zugute halten, und es wieder vergessen. Besonders empfehle ich Dir, gegen den Jungherrn bei dessen Rückkehr nicht das Geringsste merken zu lassen, denn Kinder müssen nichts erfahren von den Verirrungen ihrer Eltern, selbst nicht einmal so würdige und wackere Söhne, wie Junker Dagobert.“

Als die Alte hinweggegangen war, setzte sich Esther in einen Winkel, und machte ihrem gepreßten Herzen durch einen Strom von Thränen Luft. „Wie unglücklich bin ich!“ klagte sie still und leise vor sich hin: „Und wie kommt es, daß mir jetzt gerade einfällt das wahrhaftige Wort, so einst der Altvater Jochai zu mir gesprochen, da er mich warnte vor der Hinnegung zu den Bekennern des Gekreuzigten? Hat er nicht damals vor meine Augen gestellt das Schicksal der Engel Asa und Arael, denen es gelüftete nach Bräuten der Erde? Seit Jahrtausenden schweben die Armen zwischen Himmel und Erde, wo sie aufgehängt hat in seinem Zorn der eifrige und hochgebenedeite Gott. Und ihr Schicksal . . . ist es nicht das Meine? Schon drang der Berrath über diese Schwelle; wer weiß, wie lange der verbrecherische Unhold seine Drohungen aufschiebt? wer weiß, ob mich nicht vielleicht der nächste Tag, verrathen und verkauft in den Händen der Feinde sieht? Ich möchte fliehen, und wage es doch nicht. Wie entkomme ich den Rundschaftern des Unseligen, die vielleicht hinter jedem Baume lauern? Ungebuldig herge ich mich hinter diesen Kiegelein. Jähnend sieht mein Auge jenes verschlossene Fenster an, das mir die Aussicht nach der Heerstraße verbirgt, auf welcher Dagobert daher ziehen wird. Wenn er käme, jetzt käme, im Andrang der höchsten Noth! Vom Aufgange kommt

mit allem reaktionären Jubel, das das deutsche Reich je länger je mehr an politischen, sozialen und wirtschaftlichen Fortschritten hindert. Neu-Seeland zeigt uns, daß es auch anders geht, als bei uns.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Das Reichsversicherungsamt behandelt einen Rechtsstreit, der wieder einmal beweist, wie notwendig es ist, sich nicht bei den Bescheiden der Berufsgenossenschaften zu beruhigen und der vor Allem darthut, welche Bedeutung das Reichs-Versicherungsamt als Rekursgericht, das heißt als ein Gericht hat, das den Thatfachen näher treten kann. Der landwirtschaftliche Arbeiter Belasert behauptete, daß er beim Herausziehen eines Wagens aus der Scheune zu Schaden gekommen sei und beanspruchte von der ostpreussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Unfallrente. Die Berufsgenossenschaft wies den Anspruch ab, weil ein Unfall nicht erwiesen sei und Folgen eines solchen nicht vorliegen. Das Schiedsgericht nahm jedoch an, daß B. einen Stoß vor den Leib erhalten habe und in Folge dessen an hochgradigen Störungen seines Nervensystems leide, es billigte ihm deshalb 66 2/3 pCt. der Vollrente zu. Darauf legte die Berufsgenossenschaft Rekurs ein, sie wollte nach wie vor nichts zahlen. Eine vom Reichs-Versicherungsamt noch veranstaltete Beweiserhebung ergab nicht, daß Belasert von der zur Seite schnellenden Wagenbeisele direkt getroffen wurde; dagegen wurde erwiesen, daß ihm die Deichsel einen „scharfen Ruck“ versetzte. Das Rekursgericht holte auch noch das Gutachten einer medizinischen Autorität in Königsberg ein. Der Sachverständige führte aus, daß sich bei B. in Folge jenes unerwarteten und scharfen Rucks Epilepsie herausgebildet habe. Unter Anderem bilde B. sich auch ein, es sche ihm ein Wandwurm im Halse. Diese und andere geistige Störungen beeinträchtigten seine Erwerbsfähigkeit um 70—80 pCt. Nur ganz leichte häusliche Dienste könne er noch verrichten. Das Reichsversicherungsamt wies nunmehr den Rekurs der Berufsgenossenschaft als unbegründet zurück. Die vom Schiedsgericht dem B. zugewilligte Rente sei nicht zu hoch bemessen. Eine Rente in Höhe der obengutachtlichen Schätzung konnte das Rekursgericht dem Kläger nicht zusprechen, weil er selber einen Rekurs nicht eingelegt hatte. Die Berufsgenossenschaft wäre sonst sicher verurtheilt worden, ihm 80 pCt. der Vollrente zu gemähren.

Berlin. Das Volta-Kreuz beschäftigte die 138. Abtheilung des Schöffengerichts. Der Vertreter des Kreuzes, der aus Dänemark stammende Kaufmann Erik Schönning, war des Betruges beschuldigt. Er hatte das Volta-Kreuz im Anfange d. J. in verschiedenen Blättern angepriesen. An einem seidenen Bande auf der bloßen Brust getragen, entwickelte es im Körper des Trägers einen elektrischen Strom, welcher ein wirksames Heilmittel gegen eine Menge gefährlicher Krankheiten sei. Das Polizei-Präsidium nahm Veranlassung, vor dem Ankauf des Kreuzes zu warnen, da es keinerlei Heilkräfte in sich birge und einen Werth von 10 Pfennigen habe, während der Verkäufer sich zwei Mark dafür zahlen lasse. Die Anklage ging von der Voraussetzung aus, daß Schönning die Werthlosigkeit des von ihm angepriesenen Heilmittels recht gut kannte, demgemäß betrügerisch handelte. Der Beschuldigte verwahrte sich entschieden gegen diesen Vorwurf. Das „Volta-Kreuz“, eine Erfindung des Prof. Heschler in Kopenhagen, sei auf hygienischen Ausstellungen ausgezeichnet worden. Auch in Deutschland sei das Waarenzeichen geschützt worden und dies solle nach dem Gesetze nicht geschehen, wenn der betreffende Gegenstand unsinnigen Zwecken dienen solle. Tausende von Anerkennungs- und Dankschreiben Heilkräften

alles Gute, alles Wahre. Vom Sonnenaufgange her sieht der hochgelobte Gott in unsere Tempel; von dort muß auch Dagobert wieder heimkehren!

Rühr schlug ihre Hand den verschlossenen Baden des Fensterleins auf, und ihr Blick suchte unter den Rosen, die der Niedergang dem blaudunkeln Osten zuwarf, den Geliebten. Umsonst! Leer war und blieb die Straße, längs der Gartenmauer jedoch kroch ein Mann schwer und unbehilflich hin, beschäftigt, wie es schien, Kräuter zu sammeln im tauigen Abenddämmer. Zufällig blickte auch er zu dem klingenden Fenster empor, — und schnell fuhr das Mädchen zurück. Es war der Judenarzt Joseph, der dort unten verkehrte, und Esther flehte zum Himmel um die Gnade von dem Gefürchteten nicht erkannt worden zu sein.

Behntes Kapitel.

„Komm, Alte, komm, erzähle uns ein Märlein!“ Oern, liebe Püppchen, werdet Ihr aber auch das Graulen vertrauen können? Wer kein gut Gewissen hat, sehe sich vor die Thüre, und — bete indessen ein Vaterunser!

Kindermärchen.

Das Schloß Neufalkenstein, der Sitz des Ritters Bechtram von Wilbel, hatte seit Langem nicht so viel Gepolter und Gelärm in seinen Mauern gefaßt, als seit der Zeit, da der Graf von Montfort dem Besitzer einen Besuch abgestattet, und demselben aufgetragen hatte, das schöne Fräulein von Baldergrün von der Heerstraße wegzufangen, zum schuldigen Dank für manche Unbill, die der Graf zur Zeit, da er um das Edelfräulein warb, hatte ertragen müssen. Dem in dergleichen Aufträgen geübten Bechtram, welcher, nachdem er lange Jahre hindurch der

seien in seinen Händen. Es waren Be- und Entlastungszeugen aufgebieten worden. Die Ersteren hatten jede Wirkung vermisst, die Letzteren wollten mit dem Kreuz gute, sogar ausgezeichnete Erfolge erzielt haben. Der Angeklagte behauptete, daß er es selbst mit großem Erfolge gegen Schlaflosigkeit getragen habe. Das Gutachten des Kreisphysikus Dr. Stoermer über das Volta-Kreuz lautete geradezu vernichtend. Es bestehe nur aus zwei übereinandergelegte kreuzförmige Metallplatten, die eine von Kupfer, die andere von Zink. Dazwischen befindet sich ein Stückchen Wollstoff. Das Kreuz werde vor dem Anlegen etwa fünf Minuten lang in lauwarmen Essig gelegt und dadurch werde allerdings ein elektrischer Strom erzeugt, aber ein so geringer, daß der Strom unter keinen Umständen die Widerstandsfähigkeit der Haut brechen und in den Körper übergehen könne. Das Kreuz habe nicht die geringste Wirkung, ebenso gut könne man ein Stück Leder auf der bloßen Brust tragen. Den Zeugen, welche durch das Kreuz von irgend welchen Gebrechen befreit sein wollten, habe allein ihr Glaube geholfen. Der zweite Sachverständige Dr. med. Sperling äußerte sich weniger ungünstig über den Werth des Kreuzes. Er hielt es nicht für ausgeschlossen, daß bei schwächlichen Personen eine Wirkung durch das Tragen des Kreuzes hervorgerufen werden könne, dies geschehe bisweilen schon durch die bloße Berührung des Körpers mit irgend einem Metall. Während der Staatsanwalt einen Betrag für vorliegend erachtete und gegen den Angeklagten eine Geldstrafe von 100 Mark beantragte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen der Verteidiger und sprach den Angeklagten frei, da nicht angenommen werden könne, daß er die Heilkraft des Volta-Kreuzes bezweifle.

Mittweida. Eine seltene körperliche Mißbildung wurde kürzlich bei der unter äußerst erschwerten Umständen vor sich gegangenen Geburt eines Kindes festgestellt. Das Kind hatte eine vom Hinterhauptbein ausgehende Gehirnwassergeschwulst, die in ihrer Größe den Kopf einmal übertraf, sich also zu diesem wie 2 : 1 verhielt. Das Kind — ein Mädchen — war kräftig entwickelt, verstarb aber bald nach der Geburt, da infolge des nöthig gewordenen Eingriffs Gehirnblutung eintrat. Kleinere Mißbildungen solcher Art sind schon mehrfach vorgekommen, doch von einer Geschwulst in solcher bedeutenden Größe weiß die medizinische Literatur bisher noch kein Beispiel zu nennen.

Aus Schen vor dem Militärtribunal überfiel der in der Provinzialarbeitsanstalt Braunweiler untergebrachte Gärtner Schild einen Anstaltslehrer und mißhandelte ihn. Die Kölner Strafkammer verurtheilte ihn deswegen zu drei Jahren Zuchthaus, und da mit Zuchthaus Verurtheilte vom Militärdienst ausgeschlossen sind, so hat er seinen Zweck erreicht.

Moral! Großes Aufsehen macht in Bayern ein im Werden begriffener Riesenprozess, der sich gegen eine große Anzahl von Mädchen und Frauen aus Stadt und Land — man spricht schon von 240 in Untersuchung Gezogenen — wegen Verbrechen gegen das keimende Leben richtet. Die Abgebin der innerlich zu nehmenden Heilmittel war eine Frau in Garmisch, die peinlich Buch über ihre Kundinnen geführt hat. Vor kurzem ist eine verheirathete Kellnerin, die nach Garmisch um Hilfe kam, dem Heilmittel erlegen und damit kam der Staatsanwalt der Abgebin und ihrer Liste auf die Spur.

Die Trunksucht unter den Schmetterlingen. Die Naturforscher haben es allem Anschein nach darauf abgesehen, uns unsre letzten Illusionen zu rauben. Die Schmetterlinge sind gewiß allgemein bewunderte und beliebte Thierchen und unwillkürlich folgen ihnen unsere Blicke, wenn sie leicht und anmuthig von Blume zu Blume flattern und die blendenden Farben ihrer Flügel

im Sonnenschein wie Edelsteine funkeln —, aber ach! unlängst überraschte Professor Tuit in einem Vortrag, den er, wie die „Italia“ berichtet, im Londoner Entomologischen Verein hielt, seine Zuhörer mit der betrieblamen Enthüllung, daß die Schmetterlinge dem Laster der Trunksucht fröhnen. Zum Zweck genauer Beobachtung schloß Tuit zwölf männliche und ebensoviel weibliche Schmetterlinge in ein Glashaus ein und machte bald die Wahrnehmung, daß sich das schöne Geschlecht — im Gegensatz zu den Engländerinnen — durch vollkommene Enthaltbarkeit auszeichnete. Diese beflügelten Schönen tranken nur Thautropfen, um ihren Durst zu löschen, während die Männchen abscheuliche Trunkenbolde sind. Sie lassen sich, wie der Vortragende versicherte, mit Vorliebe auf alkohohaltigen Blumen nieder und saugen sich mit deren Säften so voll, daß sie manchmal stundenlang wie leblos liegen bleiben. Dagegen hat Tuit die Ueberzeugung gewonnen, daß sie den Vorwurf der Flatterhaftigkeit nicht verdienen; denn sie haben nur eine Gefährtin und bleiben ihr treu bis zum Tode. Sind sie durch übermäßigen Alkoholgenuß ermattet, so schleppen sie sich wankend zu ihrem Weibchen hin, um von ihm die Pflege zu empfangen, die ihr Zustand erheischt. Mister Tuit machte indeß seine Versuchsobjekte auch absichtlich betrunken, nicht mit dem Saft von Blumen, sondern mit wirklichem Alkohol, indem er die Glasscheibe des Warmhauses mit einigen Tropfen Whisky benezte — und sofort stürzten sich die Männchen auf denselben und tranken sich toll und voll. Schmetterlinge in Freiheit wurden durch die Ausdünstung eines mit Gin gefüllten Glases, das man im Gartenhause hatte stehen lassen, angelockt und versielen nach übermäßigem Genuß in tiefen Schlaf. Da wird ja in London alsbald ein besonderer Temperenzverein aufstehen, um die bösen Schmetterlinge vom Laster der Trunksucht zu erretten.

Eine Falschmünzergesellschaft, die seit Jahren massenhaft belgisches Papiergeld fabrizirte und in vielen Großstädten Verbindungen unterhielt, ist nach dem „W. T.“ in Neapel entdeckt worden. Die Falschmünzwerkstatt befand sich in der Villa des Konsuls eines mit Italien befreundeten Staates, dessen Name noch geheim gehalten wird. Dort fand man nicht nur alle zur Herstellung der Banknoten dienenden Utensilien, sondern auch eine große Summe falschen Geldes. Der Konsul, sowie seine Helfershelfer, darunter eine Dame der Lebewelt, wurden verhaftet.

Elektrische Prügel. In der Elementarschule zu Denver (Colorado) hat man einen elektrischen Prügelstuhl aufgestellt, in welchen die kleinen Sträflinge festgeschnallt und nach einem Druck auf einen Knopf von vier fliegenklappenähnlichen Instrumenten vorschriftsmäßig bearbeitet werden. Ob's wahr ist?

Die Ehe als Strafe. Jede junge Dame in Siam, die ein bestimmtes Alter erreicht hat, ohne einen Mann gefunden zu haben, wird auf Wunsch amtlich „registriert“ und gehört von Stund an zu der ehrenwerthen Korporation der „Staatsjungfrauen“, d. h. sie steht zur Verfügung des Herrschers, der nun selbst daran denkt, jeder Registrierten einen Gatten zu verschaffen. Für den armen Gatten ist diese Rußheirath eine gerichtlich festgesetzte Strafe. Die Unterthanen Chulalongkorns, die das Pech haben, sich gegen die Gesetze des Landes zu veründigen, werden nicht, wie in Europa, zu einer Geldstrafe verurtheilt, sondern werden gezwungen, eine oder mehrere von jenen „offiziellen Frauen“ zu heirathen. Handelt es sich um leichte Vergehen, so hat der Verurtheilte das Recht der Wahl, in ersteren Fällen dagegen wird er gezwungen, die Frau zu nehmen, die ihm „amtlich“ zugeführt wird.

Hauptmann der Reichsstadt Frankfurt in Ehren und Frieden gewesen, vorgezogen hatte, das unedlere Gewerbe der Wegelagererei wieder zu ergreifen, war des Grafen von Montfort Aufgabe über alle Massen trefflich gelungen, und die Beute richtig geworden. Ein solcher Fang warf zu viel an Gewinn ab, und war überhaupt so selten in der Rechnung der Herren vom Stegreif, als daß sich die Letzteren nicht hätten etwas zu Gute thun sollen. Bechtram mit seinen Genossen bankettirte Tag aus Tag ein, was doch sonst seine Sache nicht war; seine Hausfrau hatte alle Hände voll auf zu thun, um ihre Gäste zu bewirtheten, und Wallrade hatte in ihrem männlichen Geiste mit überraschendem Scharfblick den Standpunkt erfaßt, von welchem sie ohne weitere Demüthigung in das Gewühl um sie her herniedersehen konnte. So finster es auch in ihrem Innern mochte, so heiter und glatt hatte sie die Stirne gelegt. — Nicht die Gefangenen schienen sie zu sein, — preisgegeben der harten Willkür räuberischer Wächter; — eine Fürstin vielmehr, die sich es gefallen läßt, auf kurze Zeit von dem Gipfel ihrer Größe ins gemeinere Leben herniederzusteigen, und durch ihre Gegenwart das Haus eines ihrer ärmeren Vasallen zu beglücken. Sie vermochte es über sich, dem ganzen Abenteuer eine scherzhafte Seite abzugewinnen, und dann und wann mit feinem Spott ihren Umgebungen merken zu lassen, daß der ganze Vorfall ihr nichts weniger, als wichtig erscheine, sondern im Gegentheil kurzweilig und ergötzlich, da er über Kurz oder Lang dennoch ein für sie erwünschtes Ende nehmen werde. Mit verächtlicher Kälte hatte sie ihre Kleinodien und ihre Baarschaft den Räubern hingegeben, mit unbefangener Ruhe hatte sie es mit angesehen, da Frau Else, Bechtrams Hauswirthin, ihre breitschultrige, unangenehme Gestalt mit diesen Kostbarkeiten geschmückt, und sich ihr also gepußt wie in höh-

nendem Scherz vorgestellt hatte. Den derben Uebermuth des Burgherrn und seiner Freunde vergalt sie ebenso mit unempfindlicher Derbheit, des Leuenbergers und Petroniellens schadenfrohen Spott mit schallhaften Antworten, die die Lacher auf ihre Seite brachten, und stand im Ganzen genommen da, nicht wie ein eingekerkert schwaches Weib, sondern wie ein zu Schutz und Trutz gerüsteter Kämpfer, der keine Blöße giebt, ohne die des Gegners zugleich zu treffen. Je unerwarteter dieses Benehmen den Insassen und Gästen Neufalkenstein's war, je weniger verfehlte es seinen Zweck, und die kräftige Wallrade hatte die Genugthuung, bald den Erfolg zu beobachten. Frau Else liebte das Erzählen im traulichen Kreise, und Wallrade liebte oft selbst die Ruhme dazu auf, wenn sie den Zubringlichkeiten des Leuenbergers ein Ende machen wollte. War die Alte dann im Zuge, so entfernte sich Dietrichs Tochter gewöhnlich unvermerkt, und erklimmte den Wartthurm, wo sie sich zwischen den mächtigen Zinnen niederließ auf die Steinbank, in die weite Luft hinausstarzte, und ihren stürmischen, mit übermenschlicher Kraft zurückgepreßten Gefühlen den Lauf ließ. Der Turmwächter, der seiner tauben Ohren halber aus den Reihen der reißigen Knechte in die Höhe verwiesen worden war, wo seine scharfen Augen noch gute Dienste zu leisten vermochten, saß dann gewöhnlich vor der Oeffnung, die auf des Thurmes Platte seinem elenden Schlafwinkel als Thüre und Fenster diente, und schneiderte an den Kleidern der Burgleute, oder kammte seinen Hund, und begriff nicht, wie sich das schöne gefangene Fräulein so ganz allein zu unterhalten vermöge auf der einsamen Warte. Wallrade legte aber die glühende Stirne an die kalten Steine, und blickte hinaus gen Frankfurt, von wannen immer noch kein Ketter nahen wollte.

(Fortsetzung folgt.)